

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 2. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung
am 08.10.2024 im Kreisausschusssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming,
Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Hans-Stefan Edler

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Thomas Berger	
Frau Sandra Gesche	entschuldigt
Herr Detlev von der Heide	ab 17:10 Uhr anwesend
Herr Olaf Manthey	
Herr Jörg Niendorf	unentschuldigt
Herr Dargo Porath	
Herr Rajko Prill	
Frau Doreen Schulze	

Sachkundige Einwohner

Herr Marijo Ferencak	
Herr Sebastian Gresens	
Herr Detlef Klucke	
Herr Silvio Pape	unentschuldigt

Verwaltung

Frau Kornelia Wehlan, Landrätin
Herr Siegmund Trebschuh, Leiter des Dezernates IV
Frau Bettina Rausch, Amtsleiterin des Straßenverkehrsamtes
Frau Anett Thätner, Amtsleiterin des Kataster- und Vermessungsamtes
Herr Rainer Grunert, Amtsleiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
Frau Verena Mehlis, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 03.09.2024
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Information zur "Schule am Wald" in Groß Schulzendorf –
Förderschule mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“
- 5 Immobilienpreisentwicklung im Jahr 2023 und im ersten Halbjahr 2024
- 6 Verkehrssicherheit im Landkreis Teltow-Fläming – Bericht der
Unfallkommission des Landkreises
- 7 Anfragen der Ausschussmitglieder
Beschlussvorlagen
- 8 Wiedereinführung der Altkennzeichen 7-5409/24-IV
Anträge
- 9 Den Standort Zossen für die Zulassungsstelle für Kfz aufrechterhalten 7-5414/24-KT

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Edler begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 03.09.2024

Die Niederschrift liegt noch nicht vor, so dass darüber nicht abgestimmt werden kann.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend, die zu diesem Tagesordnungspunkt Fragen stellen möchten, so dass sich auch die Information über die Erhebung von personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 der EU-DSGVO durch den Ausschussvorsitzenden erübrigt.

TOP 4

Mitteilungen der Verwaltung

TOP 4.1

Information zur "Schule am Wald" in Groß Schulzendorf - Förderschule mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“

Frau Wehlan gibt zum Thema „Schule am Wald“ in Groß Schulzendorf eine Information vom fachlich zuständigen Beigeordneten, Herrn Ferdinand, weiter. Sie geht dazu auf die gemeinsame Sitzung der 3 Fachausschüsse in der alten Legislatur ein, in der die beiden Varianten Neubau in Ludwigsfelde bzw. Anbau in Groß Schulzendorf diskutiert wurden.

Die Ergebnisse aus dieser Sitzung haben dazu geführt, dass die Verwaltung nochmals die Aufgabe erhalten hat, verschiedene Fragestellungen zu klären.

Im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport erfolgte zu der Thematik eine Information zu den derzeitigen Sachständen.

Frau Wehlan informiert gleichermaßen darüber, dass die Verwaltung aktuell eine weitere Variante prüft, um mit den bestehenden Anlagen einen Erweiterungsbau an einer anderen Stelle als in der Variante 1 der Machbarkeitsstudie zu ergänzen. Dazu muss die bisherige Organisation der bestehenden Schule überarbeitet werden, welches Zeit erfordert.

Frau Wehlan legt dar, dass nach dem Vorliegen der Planungen wiederum die zuständigen Ausschüsse beteiligt werden und auch eine entsprechende Sitzung vor Ort stattfinden kann. Sie befürwortet den Weg, eine neue Variante direkt am Standort zu prüfen. Momentan ist die Verwaltung dabei, auch die 3. Variante einer Prüfung zu unterziehen.

Herr Klucke fragt an, ob die bereits dargelegten Varianten im Ratsinformationssystem einsehbar sind, um sich darüber eine Meinung bilden zu können.

Frau Wehlan erklärt, dass sich die beiden alten Varianten im Ratsinformationssystem befinden. Sie möchte jedoch den Hinweis mitnehmen, den Ausschussmitgliedern zur schnelleren Suche einen Link zukommen zu lassen. Ihres Erachtens befindet sich die Machbarkeitsstudie auch im Netz.

Herr Edler begrüßt, dass eine weitere Variante geprüft wird und sieht es als richtig an, nach Ergänzung der Vorlage wieder einen Vor-Ort-Termin in Groß Schulzendorf stattfinden zu lassen.

Herr Edler fragt an, ob die Planungsmittel, zumindest die angesprochenen 100.000,00 €, für das nächste Jahr in den Haushalt eingestellt werden müssten.

Frau Wehlan nimmt diese Frage mit und wird die Antwort anschließend Herrn Edler zur Kenntnis geben.

TOP 5

Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Prill legt dar, dass er eine Anfrage zu Windrädern gestellt hat. Da sich diese jedoch aus zahlreichen Einzelfragen zusammensetzt, wurde sie von ihm der Sitzungsbetreuung zur Weiterleitung übergeben, so dass beim nächsten Mal darüber gesprochen werden kann.

Herr Manthey hat folgende Frage: Wer baut oder saniert den Radweg zwischen Wietstock und Groß Schulzendorf gerade (Landkreis, Landesbetrieb oder die Stadt Ludwigsfelde)?

Frau Wehlan erläutert, dass ein Radweg, der sich an einer Kreisstraße befindet, in Verantwortung des Landkreises ist. Jedoch handelt sich bei dem angesprochenen Radweg um eine Landesstraße, so dass hierfür der Landkreis nicht verantwortlich ist.

Herr Klucke möchte sich dazu ebenfalls äußern. Er betont, dass es sich um den jüngsten Radweg handelt, der in unserem Landkreis entstanden ist. Für ihn ist es nicht nachvollziehbar, dass man diesen komplett abbaut und wieder neu baut. **Herr Klucke** hätte gern dazu einmal eine Antwort, wieso das geschehen konnte, denn jede Kommune wäre glücklich über so einen Radweg, wie er zuvor bestand. Dieses muss nicht in dieser Sitzung sein, aber in nächster Zeit.

Herr Klucke fragt weiterhin den Vorsitzenden, ob bereits Themen von den Fraktionen für diesen Ausschuss in der neuen Legislatur vorliegen, die gern auf die Tagesordnung genommen werden möchten. Er fragt insbesondere nach speziellen Themen, wie Infrastruktur oder Infrastruktur begleitende Maßnahmen, wie Radwege. **Herr Klucke** könnte sich vorstellen, dass auch Vertreter des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung des Landes

Brandenburg (MIL) dazu eingeladen werden. Hier könnte man die Frage ansprechen, warum es mit den Radwegen an der Bundesstraße 246 nicht weitergeht. Er legt dar, dass diese bereits 10 Jahre ruhen, dort keine Bauaktivitäten mehr zu verzeichnen sind, jedoch schon vor 30 Jahren in der Prioritätenliste zur Planung aufgeführt wurden.

Herr Klucke unterbreitet den Vorschlag, auch einmal den Landesbetrieb für Straßenwesen zu einer Sitzung einzuladen. Hierbei spricht er insbesondere die Frage zu den begleitenden Maßnahmen für die Straßen mit Radwegen an. Als Beispiel erwähnt er die L 79, besonders die Weiterführung von Groß Schulzendorf bis nach Nächst Neuendorf, hier insbesondere die Schulwegsicherung. **Herr Klucke** hebt hervor, dass einmal Kriterien auferlegt wurden, wonach der Ausschuss arbeitet. Daher empfiehlt er, die von ihm angesprochenen Themen in einer der Tagesordnungen aufzunehmen.

Als nächsten Punkt weist **Herr Klucke** auf eine äußerst große Baustelle im Landkreis hin, und zwar die Schließung der Thomas-Müntzer-Straße in Zossen. Hier wurde ursprünglich eine Sperrung von 3 Jahren geplant. Nunmehr musste **Herr Klucke** der Presse entnehmen, dass mittlerweile die Sperrung bereits 4 Jahre andauern soll. Er schlägt deshalb vor, ob der Landkreis nicht Überlegungen treffen sollte, um mit der Deutschen Bahn ins Benehmen zu gehen.

Frau Wehlan weist darauf hin, dass der Landkreis nicht in der Prokura ist, das MIL einzuladen. Sofern Fragen bestehen, bietet sie die Möglichkeit an, diese an die Landrätin zu richten und von dort aus beantworten zu lassen.

Herr Klucke fragt an, wie die Infrastruktur gestaltet werden soll. Dazu unterbreitet er den Vorschlag, sich mit der Stadt Ludwigsfelde, die eine Bahnanbindung hat, in Verbindung zu setzen.

Herr Edler bittet Herrn Klucke anschließend darum, seinen Fragenkomplex schriftlich zu fixieren, zumindest in Stichpunkten, um eine bessere Abwicklung der Beantwortung zu ermöglichen. Dieses wird von **Herrn Klucke** zugesichert.

Frau Schulze möchte sich dem von Herrn Klucke aufgeworfenen Thema anschließen. Sie ist Vorsitzende des Bauausschusses in der Gemeinde Am Mellensee, welche ebenfalls von den

Baumaßnahmen betroffen ist. **Frau Schulze** erklärt, dass die dahingehenden Verhandlungen mit der Bahn sehr schwierig sind.

Frau Schulze spricht insbesondere die Brücke über dem Nottekanal an, welche relativ alt ist. Sie fragt nach, wer für die Überprüfung der Brücke zuständig ist und wann die letzte Überprüfung erfolgte. Sie befürchtet auf Grund der längerfristigen Sperrung, dass im Falle einer schadhafte Brücke der Johnepark in Zossen von der Außenwelt abgeschlossen sein könnte.

Herr Klucke greift ebenfalls die Thematik auf und teilt mit, dass kürzlich der Presse zu entnehmen war, dass sich die schlechteste Straße im gesamten Landkreis in Mellensee befindet. Genau diese Straße führt zu der benannten Brücke. Somit handelt es sich auch um eine Infrastrukturmaßnahme. **Herr Klucke** bittet eindringlich darum, sich mit der Problematik auseinanderzusetzen, da ein Befahren dieser Straße katastrophal ist.

Herr Edler geht auf die Aussage von Frau Wehlan ein, sofern gewünscht wird, entsprechende Organe in den Ausschuss einladen zu wollen.

Frau Wehlan unterbreitet das Angebot, in der nächsten Sitzung einmal den aktuellen Stand zu vermitteln, was den Ausbau der Dresdner Bahn betrifft, da zahlreiche Faktoren damit verbunden sind, wie busbezogener öffentlicher Personenverkehr, Umgehungsstraßen, Schließung der Thomas-Müntzer-Straße. Sie fragt bei **Herrn Trebschuh** nach, ob die Möglichkeit besteht, einen aktuellen Stand aus der Sicht der Beteiligung des Landkreises abzugeben, was von **Herrn Trebschuh** bestätigt wird.

Herr Trebschuh fragt hinsichtlich der von Frau Schulze angesprochenen Brücke nach und erklärt dazu, dass es sich hier um eine Landesstraße handelt, wofür der Landesbetrieb für Straßenwesen zuständig ist. Er geht jedoch davon aus, dass in der Zeit der Umleitungsverkehre eher weniger Verkehr über diese Brücke fließen wird als momentan.

Herr Porath äußert dazu seine Befürchtungen hinsichtlich ungewisser Baumaterialien- und Schwerlasttransporte.

Herr Trebschuh teilt mit, dass dieses Thema gern von ihm im Lenkungskreis angesprochen werden kann. Er informiert darüber, dass auf seine Initiative hin auch Herr Krüger als Bürgermeister der Gemeinde Am Mellensee hierzu eingeladen wird. **Herr Trebschuh** ist der Ansicht, dass kein Bahnübergang zwischen Zossen und Mellensee geschlossen werden kann, ohne den Bürgermeister der Gemeinde Am Mellensee an den entsprechenden Sitzungen teilnehmen zu lassen. Des Weiteren geht **Herr Trebschuh** näher auf die einzelnen Kreuzungsbeteiligten (Deutsche Bahn, Landesbetrieb Straßenwesen, Stadt Zossen) und die derzeitige Situation der Baumaßnahmen in Zossen ein und erörtert die dortigen aktuellen Probleme, wie fehlendes Baurecht, Notwendigkeit der Einbindung eines elektronischen Stellwerkes, Abhängigkeit des Umleitungskonzeptes von Infrastrukturmaßnahmen.

Herr Trebschuh betont, dass die große Herausforderung dabei ist, ob das Eisenbahnbundesamt das Planrecht für das Brückenbauwerk genehmigt oder nicht. Bis dahin ist

Herr Trebschuh auch außerstande, weitere Aussagen darüber zu treffen. Er hebt jedoch hervor, dass alle mit Hochdruck daran arbeiten. Hinsichtlich der angesprochenen unterschiedlichen Sperrzeiten des Bahnüberganges erklärt **Herr Trebschuh**, dass ihm nur die Aussage der Deutschen Bahn von bislang 3 Jahren bekannt ist.

Herr Prill hat noch eine Frage zu der angesprochenen Brücke und unterbreitet den Vorschlag, dort die Verkehrsbelastung über einen längeren Zeitraum zu begrenzen, eventuell auch über Ampeln.

Herr Klucke verdeutlicht, dass alles für die Deutsche Bahn vom Baurecht für die Brücke abhängig ist und diese so schnell wie möglich mit dem elektronischen Stellwerk an den Markt gehen möchte.

Herr Klucke ist der Meinung, dass man Herrn Ludwig von der Deutschen Bahn ansprechen müsste, ob die Möglichkeit besteht, temporär ein mechanisches Stellwerk nur für die eine Überführung einzusetzen, da der Erhalt des Baurechts noch nicht absehbar ist.

Herr Klucke erklärt, dass hier eine Lösung gefunden werden muss. Die Thomas-Müntzer-Straße kann nicht geschlossen werden, ohne dass dort gebaut wird.

Herr Edler möchte den Vorschlag des Herrn Klucke aufgreifen und bittet die Verwaltung darum, für den nächsten Ausschuss eine umfangreichere Präsentation zur Problematik mit einer bildlichen Unterlegung vorzubereiten. Für ihn stellt sich auch die Frage nach dem Baurecht, welches in der nächsten Sitzung ebenfalls besprochen werden könnte.

Herr Klucke plädiert dafür, dabei auch das Umleitungskonzept einzubinden. Er führt hierzu als Beispiel die Ortschaft Horstfelde an mit dem dortigen Konflikt zwischen dem morgendlichen Schülerverkehr und den Schwerlasttransporten.

Herr Edler bezieht sich auf die Brücke über dem Nottekanal in Mellensee, und zwar Bahnhofstraße/Hauptstraße. Ihm wurde von vielen Seiten zugetragen, dass diese von zweifelhafter Qualität sei. Daher bittet er um eine Zustandsbewertung zu dieser Brücke, welches seiner Ansicht nach aus dem Brückenbuch des Landesstraßenbauamtes leicht zu entnehmen sein dürfte.

In Anbetracht seiner nächsten Frage spricht er den Schulneubau der weiterführenden Schule in Zossen an. Die Zuwegung zu dem Standort dieser neuen Schule soll über eine Straße geführt werden, die sich „Rampe“ nennt. Seine Frage besteht darin, ob die Bewohner der Anliegerstraße „Die Rampe“ mit Erschließungsbeiträgen rechnen müssen.

Frau Wehlan erörtert, dass es den Schulneubau noch nicht gibt und insofern die Frage nicht beantwortet werden kann, zumal es sich hier um eine Gemeindestraße handelt, was nicht Thema des Landkreises ist.

In Bezug auf den Oberschulneubau befindet sich die Verwaltung aktuell in der Beantwortung der Fragen, die Grundlage sind, um dieses auch konkreter in Umsetzung zu bringen, was näher von der **Landrätin** erläutert wird. Sie legt ferner dar, dass bei abgeschlossener Klärung natürlich auch eine Beteiligung des Ausschusses erfolgen wird.

Hinsichtlich der Schule bittet **Herr Klucke** darum, eventuell eine Machbarkeitsstudie durchzuführen. Er hält den Standort für ungünstig und erörtert die Gründe hierfür. Des Weiteren befürchtet er ebenfalls, dass Kosten auf die Anlieger zukommen werden, was im Vorfeld mit den Bürgern zu klären sein wird.

Herr Klucke legt nahe, dazu auch andere Standorte zu prüfen, wie zum Beispiel Wünsdorf oder in der Gemeinde Am Mellensee. Es sollten ebenso die möglichen Schulwege berücksichtigt werden, welches eventuell bereits in die Präsentation einfließen könnte.

Frau Wehlan erörtert, dass der Landkreis per Gesetz dazu aufgefordert wird, sparsam mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umzugehen und auch eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung durchzuführen. Da der Vorgang jedoch noch nicht abgeschlossen ist, welches detailliert von ihr erläutert wird, kann hierzu keine weitere Aussage getroffen werden.

Frau Schulze teilt in Bezug auf die benannte Schule mit, dass von Seiten der Gemeinde

Am Mellensee einmal vorgeschlagen wurde, das Gelände des alten Pflegeheimes hierfür zu nutzen. Nunmehr kam jedoch ein neues Gerücht auf, dass dieses Gelände, was der Landkreis auch verkaufen möchte, unter Denkmalschutz stehen soll, und zwar komplett. Sie bittet um Beantwortung der Frage, ob dieses Gerücht der Wahrheit entspricht.

Frau Wehlan bestätigt die Richtigkeit und erklärt, dass der Landkreis nach wie vor daran interessiert ist, das besagte Grundstück zu veräußern, welches näher von ihr erläutert wird. Dennoch legt sie dar, dass ihr keine Diskussion innerhalb der Verwaltung und auch nicht im politischen Raum bekannt sei, dass an diesem Standort eine Schule entwickelt werden soll.

Herr Porath möchte gern auf das Thema Schule zurückkommen. Auf Grund der vorliegenden Informationen bekundet er als Ortsvorstehender von Sperenberg das Interesse daran. Er legt dar, dass die Sperenberger Schule noch sehr viel Platz bietet und die notwendige Anbindung bereits vorhanden wäre.

Frau Wehlan erläutert dazu, dass die Signale der Gemeinden, sowohl Mellensee als auch Sperenberg betreffend, beim zuständigen Verwaltungsbereich von Herrn Ferdinand angekommen sind. Dennoch wird von ihr dargelegt, dass sich Wünsdorf als Standort auch auf Grund der benötigten Sozialwohnungen anbietet. Jedoch stehen noch viele Dinge damit in näherem Zusammenhang, wie z. B. die Schülerbeförderung.

Frau Wehlan bekräftigt jedoch, dass nicht eine Angelegenheit verfolgt wird, die nicht vorher eindringlich geprüft wurde. Der Landkreis ist auch dazu veranlasst, eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchzuführen.

Herr Gresens fragt an, wie es mit einem Schulneubau in Großbeeren aussieht.

Frau Wehlan verweist in diesem Zusammenhang auf Herrn Ferdinand, der hierzu in größerem Detail aussagekräftig wäre. Sie erklärt, dass aktuell der Bau der Oberschule in Ludwigsfelde abgebildet wird. Für diesen Sozialraum gibt es dann natürlich nicht noch die Möglichkeit für Großbeeren.

Frau Wehlan bezieht sich hierbei auch auf die Erfüllung von konkreten Anforderungen seitens des zuständigen Ministeriums bzw. Staatlichen Schulamtes, da man in zeitlichen Zwängen ist, die Umsetzung zu vollziehen. Aus diesem Grund hat auch der Kreistag beschlossen, dass wir hier mit einem Standort erstmal als mobile Schulform aktiv sind, um letztendlich die Zeitschienen einzuhalten, die notwendig sind, um die Kinder ordentlich zu beschulen. Aber auch hier gibt es noch Fragen zum Schulstandort. **Frau Wehlan** erörtert, dass derzeit kein entsprechender Arbeitsvorgang in Bezug auf Großbeeren vorhanden ist.

Herr Gresens fragt weiter nach, ob es dahingehend Überlegungen in Zukunft für Großbeeren gibt.

Frau Wehlan nimmt Bezug auf die Schulentwicklungsplanung und geht näher darauf ein. Sie erklärt jedoch, dass Großbeeren im Rahmen der gegenwärtigen Schulnetzplanung erst einmal nicht vorgesehen ist.

Herr Edler unterbreitet einen weiteren Vorschlag für zukünftige Tagesordnungen des Ausschusses, nämlich „Aktuelle Schulentwicklungsplanung im Landkreis und deren Methodik“. Er stützt sich dabei auf die Beschlüsse zu den Schulen in Ludwigsfelde. Offenkundig ist der Schulentwicklungsplan gegenüber der Entwicklung in Rückstand geraten. Seiner Ansicht nach kann es nicht sein, dass in einem Jahr plötzlich 3 Schulen fehlen. Selbst wenn sich Ludwigsfelde innerhalb von 2 Jahren um 20 % bürgermäßig erweitert, muss dafür gesorgt werden, dass die entsprechenden Schulkapazitäten vorhanden sind, oder es muss sich zumindest darum gekümmert werden, dass die Planung entsprechend rechtzeitig erfolgt.

Frau Wehlan erläutert, dass die Schulnetzplanung vom Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport verantwortet wird. Der Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung hingegen verantwortet das Baugeschehen. Sie bittet darum, diese beiden Aspekte auseinanderzuhalten.

Dabei geht sie auch auf die unterschiedlichen Kriterien, Anforderungen und Herangehensweisen für die Schulnetzplanung näher ein. Sie nimmt jedoch gern mit, dass in diesem Ausschuss Interesse an Bauvorhaben für die Schulentwicklung besteht. Jedoch hat der von Herrn Edler erwähnte Vorschlag zur aktuellen Schulentwicklungsplanung seine Zuständigkeit im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport.

Herr Edler bittet zumindest darum, den Ausschuss darüber zu informieren, in welchen Abständen, in welcher Anzahl und an welchen Orten es notwendig wird, Schulen zu bauen. Er hält es durchaus für sinnvoll, wenn dieses der Ausschuss zur Kenntnis nehmen und hinterfragen kann.

Herr Manthey erinnert an den Termin zur Darreichung der 3. Variante für die „Schule am Wald“.

Herr Edler bittet die Ausschussmitglieder darum, sich bei Interesse an irgendwelchen Themen an ihn zu wenden. Die Thematik kann dann, natürlich in vorheriger Abstimmung mit der Verwaltung, auf eine der nächsten Tagesordnungen gesetzt werden.

TOP 6

Immobilienpreisentwicklung im Jahr 2023 und im ersten Halbjahr 2024

Frau Thätner als Amtsleiterin des Kataster- und Vermessungsamtes und Vorsitzende des Gutachterausschusses führt anhand einer ausführlichen Power-Point-Präsentation, die im Ratsinformationssystem einsehbar ist, in die Thematik ein, über welche von ihr einmal jährlich im Ausschuss berichtet wird. Der Grundstücksmarktbericht für das Jahr 2023 wurde im

Mai 2024 herausgegeben. **Frau Thätner** geht auf die einzelnen Bodenpreissegmente (bebaute und unbebaute Flächen) näher ein.

Des Weiteren legt sie dar, dass es seit einigen Jahren üblich ist, auch einen sogenannten Halbjahresbericht herauszubringen, so dass bereits ein Ausblick auf das erste Halbjahr 2024 und die Tendenzen am Immobilienmarkt 2024 möglich sind. **Frau Thätner** erörtert, dass der Immobilienmarkt immer noch sehr gut läuft und sich nicht der Baukrise, die unseren Landkreis in den letzten Jahren erreicht hat, unterworfen hat.

Sie verweist auf den Grundstücksmarktbericht für das Land Brandenburg, in welchem alle Grundstücksmarktberichte aus den Landkreisen von Brandenburg zusammengefasst wurden. Daraus ist zu entnehmen, dass die Umsatzzahlen landesweit weitere erhebliche Rückgänge im Jahr 2023 erfahren haben, u. a. bei der Anzahl der Kaufverträge.

In Bezug auf die Land- und Forstwirtschaft deutet **Frau Thätner** an, dass es im nächsten Jahr ein landesweites Vorhaben geben wird und die Forstbodenrichtwerte ohne Aufwuchs beschlossen werden, wozu man sich bereits in diversen Arbeitsgruppen in Diskussion befindet.

Frau Thätner geht abschließend auf den kostenfreien Bezug der einzelnen Grundstücksmarktberichte über das Portal BORIS ein.

Herr Edler fragt an, ob es Überlegungen für die diversen Ursachen gibt, warum die Preise steigen bzw. sinken und was den Grundstücksmarkt als solchen belastet.

Frau Thätner spricht hier insbesondere das bestehende Zinsniveau an, da es derzeit die absoluten Niedrigzinsen nicht gibt. Bauinteressierten wird der Erhalt von Krediten erschwert. Des Weiteren fügt sie an, dass die meisten Wohnparks bereits errichtet und belegt sind, wo kein Kaufgeschehen mehr zu verzeichnen ist.

Als ein wichtiger Punkt ist hier auch die Krise der Bauwirtschaft anzuführen. Die Preise für Handwerker und Material haben sich ebenfalls deutlich erhöht, auch der Personalmangel in den Handwerksfirmen ist ein weiterer Grund. Derzeit gibt es eine sehr große Zurückhaltung bei den Einfamilienhausbauern.

Herr Berger sieht generell die Diskussion um die Grundstückspreisentwicklung als einseitig an, die wachstumsorientiert in der Frage des Preises geführt wird. Für ihn sind die stetigen Erhöhungen der Grundstückspreise jedoch ein Warnsignal, welches dem Landkreis auf Dauer schaden könnte. Dabei geht er auf die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ein und legt dar, dass die nachfolgende Generation bei solchen steigenden Grundstückspreisen überhaupt keine Möglichkeit der Umsetzung mehr hat, zumal das Grundstück allein noch keine Wohnimmobilie ausmacht. Somit geht uns der eigene Nachwuchs verloren.

Wenn schon das mangelnde Angebot ein Hauptgrund für die steigenden Grundstückspreise ist, sollte man sich kreisweit mit den Gemeinden zusammen darüber Gedanken machen, wie hier gegengesteuert werden kann. Seiner Ansicht nach bringt es nichts, viele weitere Flächen auszuweisen, damit die Bevölkerungsschichten, die es sich leisten können, von günstigeren Preisen profitieren. **Herr Berger** spricht sich dafür aus, gemeinsam mit den Gemeinden Überlegungen zu anderen Entwicklungsprojekten zu treffen, die es insbesondere auch der jungen, nachwachsenden Generation bei uns im Landkreis ermöglichen, ihr Leben hier fortzuführen und nicht abzuwandern.

Herr Porath bezieht sich dazu auf den von ihm als Ortsvorstand vertretenen Ort Sperenberg. Er erklärt, dass dort vor Jahren einmal der Quadratmeterpreis 20,00 bis 25,00 € betrug, wo es sich jede junge Familie leisten konnte, ein Grundstück mit ca. 1.000 m² zu bebauen. Da nunmehr der Quadratmeterpreis auf 170,00 € gestiegen ist und ein entsprechender Kredit von ca. 400.000,00 bis 500.000,00 € aufgenommen werden muss, wird es jungen Familien äußerst erschwert, ein Haus zu bauen.

Frau Wehlan hält es zunächst für wichtig, dass man auch Anregungen gibt, wie man auf Situationen, die man aktuell feststellt, gemeinsam mit den Gemeinden und Städten eventuell zukünftig herangehen bzw. reagieren sollte. Sie merkt weiter an, dass sich in den neu ausgewiesenen Wohnsiedlungen junge Familien Grundstücke gekauft haben und nicht, wie zuerst vermutet, nur Senioren aus Berlin und Potsdam.

Frau Wehlan hebt hervor, dass der Grundstücksmarktbericht aktuell und über die Jahre auch deutlich zeigt, dass sowohl im Norden als auch im Süden steigende Grundstücksmarktpreise zu verzeichnen sind. Auch durch Zuzug war eine Stabilisierung der Einwohner in der Mitte und im Süden feststellbar. Sie betont, dass es auch ein wichtiges Zeichen dafür ist, dass man als Landkreis zukunftsfähig wird, wenn man eine positive Einwohnerentwicklung nachweisen kann. Nach dem neuen Prognosebericht ist der Landkreis Teltow-Fläming einer der Landkreise, der noch 3 % Einwohnerwachstum bis 2030 haben soll.

Frau Wehlan weist jedoch darauf hin, dass sich unser Landkreis, was die dynamische Entwicklung betrifft, trotz der vorhandenen Industrie, an der unteren Mitte der Einkommensentwicklung befindet. Auch hinsichtlich Gesundheits-, Ärzte- und Bildungsstruktur stehen noch große Aufgaben an.

Frau Wehlan betont, dass der Landkreis auch Schritt halten muss mit der Beantwortung der Frage der sozialen Entwicklung. Wenn man heute Gewerbeflächen kauft, will der Käufer auch vollständigen Zugang zu Flächen für Wohnbebauung bzw. Unterkünften für Auszubildende. Nur durch die Bindung der Menschen an den Arbeitsort bzw. die Arbeitsregion gelingt es noch, das Thema Fachkräfte abzurufen. Nach Auffassung von **Frau Wehlan** muss bei der beabsichtigten Entwicklung von Gewerbeflächen ebenso geprüft werden, wie diese Verbundaufgabe auch für die Wirtschaft gemeinsam mit den Kommunen abzubilden ist.

Herr Edler ist der Ansicht, dass man darüber nachdenken sollte, eine entsprechende Initiative als Ausschuss anzuregen. Nach seinen Erfahrungen haben die Kommunen bzw. Städte des Landkreises Probleme bei der Umsetzung solcher einheimischen Modelle.

Frau Schulze legt dar, dass ihr aus ihrer Tätigkeit im Bauausschuss der Gemeinde Am Mellensee bekannt ist, dass es dort relativ viele B-Pläne und Investoren gab, die sich vorgestellt haben, jedoch gleichzeitig wollten diese Investoren auch den meistmöglichen Profit aus ihrem B-Plan ziehen. Insofern sind in der Gemeinde die Grundstückspreise enorm angestiegen, so dass sich die Einheimischen es nicht mehr leisten können, dort irgendwo zu bauen.

Herr Prill spricht das Problem der fehlenden Handwerker und des Fachkräftepersonals an, welches in den nächsten Jahren auf uns zukommen wird. Er geht davon aus, dass die Steuern für die Bürger zu hoch sind und sich die Lohnsteuer erheblich auf den Lohn niederschlägt. Sofern hier ein Umdenken stattfinden könnte, hätte der Bürger mehr in seinem Portemonnaie und könnte auch mehr Geld ausgeben, um wiederum die Wirtschaft anzukurbeln. Der Unmut der Bürger ist seiner Ansicht nach überall spürbar.

Herr Edler verweist auf die letzte Seite der Präsentation von Frau Thätner und die Möglichkeit, den vollständigen Grundstücksmarktbericht kostenlos über die Homepage der Gutachterausschüsse abzurufen. Er bedankt sich bei ihr für deren Vortrag.

TOP 7

Verkehrssicherheit im Landkreis Teltow-Fläming - Bericht der Unfallkommission des Landkreises

Frau Rausch stellt sich nochmals als Amtsleiterin des Straßenverkehrsamtes vor. Sie hat gleichermaßen den Vorsitz der Verkehrsunfallkommission inne.

Vorgesehen war, dass Herr Leow, Polizeihauptkommissar der örtlichen Polizeidienststelle, durch die Präsentation führt. Dieser ist im Rahmen der Verkehrsunfallkommission damit betraut, Verkehrsunfallgeschehen zu analysieren, Unfallhäufungsstellen und unfallauffällige Bereiche aufzubereiten und anschließend in der Verkehrsunfallkommission vorzustellen. Leider hat sich Herr Leow kurzfristig entschuldigt, so dass **Frau Rausch** durch die Präsentation führen wird.

Frau Rausch gibt zunächst einleitende Worte zur Verkehrsunfallkommission und deren Aufgaben.

Anhand einer detaillierten Power-Point-Präsentation, die im Ratsinformationssystem einsehbar ist, geht sie auf den Bericht der Unfallkommission des Landkreises ein. Hier erfolgt eine Gegenüberstellung zwischen den Jahren 2022 und 2023.

Frau Rausch möchte noch ergänzend hinzufügen, dass Herr Leow die Präsentation ausgearbeitet hat und diese von ihm auch regelmäßig in der Verkehrsunfallkommission

vorgestellt wird. Er könnte aus seiner beruflichen Erfahrung noch viele weitere Hintergrundinformationen liefern. Daher hofft **Frau Rausch**, dass Herr Leow zur nächsten Ausschusssitzung, zu welcher die Thematik wieder auf der Tagesordnung steht, auch anwesend ist.

Es wird sich darauf verständigt, dass die Präsentation im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt wird.

Herr Klucke kommt auf die Fahrradfahrer als Unfallbeteiligte zurück. Für ihn wäre interessant, um welche Art von Unfallstellen (Kreuzungsbereiche, innerstädtisch, außerörtlich) es sich handelt, um eventuell einige dieser Unfälle verhindern zu können, wenn zum Beispiel an der Bundes- oder Landesstraße Radwege vorhanden gewesen wären. Für ihn ist dabei auch die Schulwegsicherung ein wichtiges Thema. Daher bittet er, hier ein wenig detaillierter auszuführen.

Weiterhin fragt **Herr Klucke** an, wie sich der gesamte Hornbach-Kreisel in Ludwigsfelde, der bisher immer als Unfallschwerpunkt gesehen wurde, entwickelt hat. Er bewertet dort die gesamten Umbaumaßnahmen derzeit als positiv und hätte gern gewusst, ob dieses als Endlösung gesehen wird.

Frau Rausch möchte gern beide Anfragen des Herrn Klucke zur Klärung mitnehmen. Was den Hornbach-Kreisel anbetrifft, kann sie jedoch mitteilen, dass sich dieser ihres Wissens tatsächlich immer noch in Beobachtung der Verkehrsunfallkommission befindet. Um jedoch Konkretes berichten zu können, wird dieses von ihr nochmal abgeprüft.

Herr Klucke hält die derzeitige Situation dort für eine gute Lösung. Die Verkehrsteilnehmer werden gezwungen, wirklich langsam zu fahren, und das frühere Problem mit den Motorradfahrern wurde höchstwahrscheinlich auch gelöst.

Frau Rausch legt dar, dass festgestellt wurde, dass die ergriffenen Maßnahmen effektiv waren, die Stelle jedoch unter Beobachtung gehalten wird. Auch **Herr Edler** schließt sich dieser Ansicht an.

Herr Ferencak vermisst in der Präsentation, wie viele Personen, die in einen Unfall verwickelt waren, unter Alkohol- bzw. Drogenkonsum standen. Er hält diesen Faktor für sehr entscheidend und relevant, da es immer noch nicht 100%ig sicher ist, wie zukünftig z. B. der Cannabis-Konsum im Straßenverkehr geregelt werden soll. Gern würde er sehen, dass das eventuell in die Statistik integriert wird.

Frau Rausch wird auch die Frage des Herrn Ferencak mitnehmen.

Herr von der Heide entnimmt der Präsentation, dass das Unfallgeschehen zugenommen hat und hätte gern erfahren, welche Gründe dafür vorliegen.

Weiterhin spricht er die Baumunfälle an, die er sich teilweise nicht erklären kann. Hier hätte er gern gewusst, wie zwischen Baumunfall und überhöhter Geschwindigkeit unterschieden wird und ob insbesondere alles, was überhöhte Geschwindigkeit und Baum ist, automatisch als ein Baumunfall deklariert wird oder es da noch eine Differenzierung gibt.

Zur 1. Frage des Herrn von der Heide erklärt **Frau Rausch**, dass die gezeigte Präsentation auf einer Analyse eines Polizeibeamten beruht, der sich überwiegend tatsächlich mit dem Verkehrsunfallgeschehen beschäftigt. Sie bittet darum, es ihr nachzusehen, dass sie das von Herrn Leow dazu vorhandene Hintergrundwissen zu dessen Zusammenstellung leider nicht wiedergeben kann.

Zum Thema Baumunfälle erörtert **Frau Rausch** ausführlich den Werdegang zur Einstufung in diese Kategorie.

Herr Trebschuh fügt ergänzend hinzu, dass die Zahl nicht gegeneinander abgegrenzt werden kann, da ein Unfall sowohl unter überhöhter Geschwindigkeit als auch als Zusammenstoß mit einem Baum gezählt werden kann. Er verweist auf die weiteren Abgrenzungen, wie z. B. die Altersgruppen, die vielschichtiger sind.

Herr Edler spricht die Statistikfehler an und geht dazu insbesondere auf die Altersgruppe „65+“ ein, wo ein Wachstum zu verzeichnen ist. Er bittet deshalb darum, die Bevölkerungsentwicklung einmal gegenzurechnen und eventuell noch ein gesondertes Statistikblatt der Präsentation hinzuzufügen.

Frau Rausch nimmt die Bitte des Herrn Edler gern mit und wird Herrn Leow fragen, ob dieses von ihm auch umsetzbar ist.

Herr Trebschuh weist ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei den in der Präsentation dargestellten Unfällen um Unfälle im Landkreis Teltow-Fläming, nicht jedoch ausschließlich um Unfälle der Bürger von Teltow-Fläming handelt. Ziel und Zweck der Verkehrsunfallkommission ist auch die Prüfung, ob Kurven und Geschwindigkeit richtig angepasst sind, um somit Rückschlüsse daraus ziehen zu können. **Herr Trebschuh** hält es nach seinen Aussagen für schwierig, diese Relation darzustellen. Er geht davon aus, dass das Verhältnis der Generation „65+“ an den Gesamtunfällen der Präsentation gut zu entnehmen ist.

Herr Edler hält an seiner Bitte fest und bekundet nochmals das Interesse an einer statistischen Bereinigung, jedoch unter dem Vorbehalt, dass die Verkehrsunfälle im Landkreis Teltow-Fläming selbstverständlich nicht nur von Einwohnern verursacht werden.

Beschlussvorlagen

TOP 8

Wiedereinführung der Altkennzeichen (7-5409/24-IV)

Frau Wehlan führt in die Beschlussvorlage ein und erklärt, dass mit dem Antrag der Stadt Jüterbog auch die Verwaltungsvorlage mit dem Beschlussvorschlag des Landkreises vorliegt.

Herr Berger geht auf das erwähnte Markenkennzeichen für die Identität einer Stadt ein. Er fragt an, ob hier nicht gleich die grundfunktionalen Schwerpunktzentren im Landkreis, wozu unter anderem auch Trebbin gehört, einbezogen werden können, bevor in der nächsten Zeit auch Anträge aus den anderen Kommunen eingehen.

Frau Wehlan verneint dieses und informiert darüber, dass die benannten Kennzeichen sich noch im Bestand befunden haben. Auf Grund der damaligen Großkreisbildung war man verpflichtet, das Kürzel „TF“ zu benennen, um die Erkennbarkeit abzubilden. Weiterhin gab es zu dem Zeitpunkt auch nur die Papierakte.

Herr Berger fragt an, ob dann auch bestehende zugelassene Fahrzeuge noch umgemeldet werden können, wie z. B. von „TF“ auf „JB“, oder dieses mit einem Fahrzeugwechsel verbunden sein muss.

Frau Wehlan äußert sich dahingehend, dass dieses möglich und auch nicht mit einem größeren Aufwand verbunden wäre.

Herr von der Heide ist der Ansicht, dass bei der Diskussion eines solchen Themas keine weiteren Probleme vorhanden sein dürften. Er empfindet es als hilfreich, wenn man anhand der Autokennzeichen einordnen kann, woher das jeweilige Fahrzeug kommt. Sofern man jedoch beabsichtigt, in jedem Landkreis jetzt mehrere unterschiedliche Nummernschilder einzuführen, aus denen man die Herkunft nicht mehr errahnen kann, haben diese, auch als Marke, für ihn absolut keinen Wert mehr.

Er steht der Beschlussvorlage nicht aggressiv gegenüber, ist aber gegen diese und vermutet auch, dass die Bevölkerung kein großes Interesse daran hegt.

Herr Klucke begrüßt diesen Schritt der Wiedereinführung von Altkennzeichen, geht aber auch auf die Möglichkeit ein, beim Kauf eines PKWs aus einem anderen Bundesland das dort bestehende Kennzeichen in unsere Region übernehmen zu können.

Herr Edler lässt den Ausschuss über die Beschlussvorlage Nr. 7-5409/24-IV abstimmen, der diese mit **6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Stimmenthaltungen** mit großer Mehrheit empfiehlt.

Anträge

TOP 9

Den Standort Zossen für die Zulassungsstelle für Kfz aufrechterhalten (7-5414/24-KT)

Herr Edler erläutert, dass die AfD-Fraktion, der er angehört, den Antrag gestellt hat. Aus diesem Grund bittet er Frau Schulze als seine Stellvertretung, für diesen TOP die Sitzungsleitung zu übernehmen.

Frau Schulze informiert über den vorliegenden Antrag und bittet dazu die anwesenden Ausschussmitglieder um ihre Meinungsäußerungen.

Frau Wehlan plädiert dafür, dass der Antragsteller, somit Herr Edler von der AfD-Fraktion, zum Antrag Stellung nimmt.

Frau Schulze geht davon aus, dass der Antrag umfassend die Thematik darlegt.

Herr Edler teilt mit, dass die Verwaltung eine andere Auffassung zum Antrag hat und an der Zentralisierung festhalten möchte. Die AfD-Fraktion sieht jedoch die Aufrechterhaltung der Zulassungsstelle in Zossen als möglich an, sofern ein geeignetes Objekt unter zumutbaren Bedingungen dafür gefunden wird.

Herr von der Heide spricht sich gegen den Erhalt des Standortes Zossen aus. Er ist der Ansicht, dass durch Digitalisierung fast alle notwendigen Schritte online von zu Hause aus möglich sein sollten, notfalls auch im Rathaus vor Ort. Die Zusendung sollte mit geeigneter Logistik und rechtssicher erfolgen. Er bittet darum, alles dafür zu tun, dass diese Dienstleistungen möglichst ortsnah an den Bürger herangebracht werden. Alle administrativen Prozesse sollten zentral erfolgen.

Frau Wehlan verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag und bezieht sich auf einen Kreistagsbeschluss aus 2014, der bereits die Zentralisierung aus Gründen der damaligen Haushaltssicherung zum Inhalt hatte.

Weiterhin informiert **Frau Wehlan** darüber, dass sich in 2025 der Landkreis wieder in der Haushaltssicherung befinden wird und mit dieser Maßnahme, die eine der größten sein wird, eine Kosteneinsparung von 1 Mio. € innerhalb von 3 Jahren zu verzeichnen wäre. Aktuell

erarbeitet die Kämmerei mit dem Kämmerer auf der Grundlage von Gesprächen mit 150 Produktverantwortlichen das Haushaltssicherungskonzept. In diesem wird die vorliegende Maßnahme abgebildet sein. **Die Landrätin** appelliert daran, in diesem Zusammenhang verschiedene Sachverhalte zu berücksichtigen, die von ihr näher erläutert werden, unter anderem auch das Voranschreiten der Digitalisierung mit dem digitalisierten Amt. Des Weiteren besteht das Problem der Personalbesetzung, um gleichzeitig 2 Standorte abzudecken. Auch die damalige Anmietung der Zulassungsstelle in Luckenwalde, die unmittelbar an der B 101 liegt, erfolgte bereits in der Voraussicht, dass dieses zukünftig der Standort wird, wo die Zentralisierung stattfinden wird.

Frau Schulze bezieht sich auf die Internetseite des Landkreises und erklärt, dass an beiden Zulassungsstellen bereits im Laufe des Vormittags keine Marken mehr vorhanden sind, was auf einen erhöhten Bedarf hinweist. Sie spricht sich daher für einen 2. Standort aus.

Daraufhin erklärt **Frau Wehlan**, dass man hier auch den Fokus auf die zukünftige Digitalisierung setzen sollte, was in den nächsten Jahren „i-Kfz“ betrifft. Des Weiteren verweist sie auf die damalige Entscheidung, dass es natürlich nicht wirtschaftlich ist, an 2 Standorten eine Zulassungsstelle zu haben. Sie gibt zu bedenken, dass der Landkreis ursprünglich einmal viel Geld investiert hat, um die Infrastruktur so zu entwickeln, dass die Bürgerinnen und Bürger an allen Standorten den gleichen Zugang auf ihre Bürgerdienste und Leistungen haben.

Herr Berger bezieht sich auf die Gesamtbevölkerung im Landkreis, auf die nur ein geringer Anteil an Autohändlern fällt, die täglich in der Zulassungsstelle Fahrzeuge zulassen. Auch gibt es hier nur einen geringen Anteil an Privatpersonen, die alle 1 bis 2 Jahre ein neues Auto erwerben, um die Zulassungsstelle in Anspruch zu nehmen. Daher hält **Herr Berger** die Individualbetroffenheit der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis für diese Dienstleistung für äußerst gering, so dass er einen immensen Vorteil sieht, sofern eine Zulassungsstelle zugunsten der anderen konzentriert wird. Auch die Themen Digitalisierung und finanzielle Mittel werden von ihm angesprochen und erläutert.

Herr Berger sieht die Schließung der Zulassungsstelle in Zossen im Jahr 2026 unter der Voraussetzung, dass dann „i-Kfz“ dauerhaft funktionieren sollte, als einen nicht so hohen Verlust an. Aus diesem Grund plädiert er dafür, zugunsten der gesamten anderen Vorteile und der vielen vorgenommenen Programme diesen Schritt auch zu gehen.

Herr Klucke kann der Ansicht von Herrn Berger nicht allumfassend beipflichten. Es wurde bereits seit 2014 über eine Schließung der Zulassungsstelle in Zossen gesprochen, die jedoch abgewandt wurde, obwohl man sich damals in der Haushaltssicherung befand. Er kann die Intention des Landkreises unter Berücksichtigung der finanziellen Aspekte nachvollziehen, dennoch wirkt sich seiner Ansicht nach diese Schließung als Nachteil für Handel und Handwerk aus, was von ihm näher erläutert wird.

Weiterhin weist **Herr Klucke** auf die Probleme bei der Online-Abmeldung eines Fahrzeuges in unserem Landkreis hin, insbesondere auch für Händler. Er spricht sich dafür aus, zunächst deren Ursache anzugehen.

Herr Klucke informiert darüber, dass es damals bereits Anregungen gab, eine günstigere Alternative zum Standort in Zossen zu suchen, da der Landkreis auch über eigene Liegenschaften verfügt. Er geht davon aus, dass zunächst die Digitalisierung gut funktionieren sollte und erst danach Überlegungen zur Zentralisierung getroffen werden können.

Herr Klucke plädiert dafür, die Kennzeichen in einem Bereich der Stadtverwaltung, eventuell im Ordnungsamt, abholen zu können. Den Versand über DHL findet er problematisch auf

Grund des Abhandenkommens von Paketen mit den sich daraufhin anschließenden versicherungstechnischen Fragen.

Herr Prill fragt nach dem Zeitfaktor der Bearbeitung eines Vorganges an.

Zunächst geht **Herr Trebschuh** auf die von Herrn Klucke geäußerte Kritik zur Tätigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Zulassungsstelle in Zossen ein. Er widerlegt die Vorwürfe, stellt sich vor seine Mitarbeiter und legt dar, dass diese Großartiges leisten. Auf die Bearbeitung und den täglichen Ablauf geht er näher ein.

Des Weiteren betont **Herr Trebschuh**, dass es aus verwaltungsorganisatorischer Sicht eine völlig andere Sache ist, ob an einem Standort 6, am anderen 2 Mitarbeiter vorhanden sind oder zusammen 8 Mitarbeiter an einem Standort sitzen. Anhand von Beispielen erörtert er die auftretenden Probleme. **Herr Trebschuh** bekräftigt, dass er davon überzeugt ist, dass es der richtige Weg ist für die bessere Abarbeitung von Anträgen in einer Zulassungsstelle.

In Bezug auf die von Herrn Klucke angesprochene Händlertätigkeit verweist er auf **Frau Rausch**, die erläutert, dass alle, die mehr als 3 Anträge bearbeitet haben möchten, die Möglichkeit haben, in Zossen einen Termin zu vereinbaren. Diese Termine werden auch regelmäßig eingehalten, so dass keine Wartezeiten entstehen.

Herr Trebschuh kann das Bedürfnis nach einer Zulassungsstelle in Zossen nachvollziehen, jedoch sieht er in seiner Funktion als Dezernatsleiter, der hierfür zuständig ist, in der Aufrechterhaltung von 2 Zulassungsstellen ein absolutes Hemmnis und spricht sich deutlich für die Zentralisierung der Zulassungsstelle aus. Nur so ist es für ihn aus verwaltungsorganisatorischer Sicht möglich, einen vernünftigen Service zu leisten.

Frau Schulze fragt an, ob das Gebäude, in welchem sich derzeit die Zulassungsstelle in Luckenwalde befindet, angemietet oder Kreiseigentum ist.

Frau Wehlan erörtert, dass das Gebäude angemietet ist, aber entsprechend weiterer Flächen, wenn zentralisiert wird, auch diese Möglichkeit abbilden würde.

Weiterhin fragt **Frau Schulze** dazu, ob es passieren könnte, dass auch dieser Mietvertrag, wie in Zossen, nicht mehr verlängert wird, welches von der **Landrätin** verneint und detailliert erläutert wird. Dabei bezieht sie sich insbesondere auf die vorhandene Haushaltslage, das Thema Digitalisierung („i-Kfz“) und die Personalsituation.

Frau Wehlan appelliert daran, auch im neuen Kreistag an der Beschlussvorlage festzuhalten.

Herr Klucke entschuldigt sich in aller Form dafür, dass es nicht seine Absicht war, Mitarbeiter verbal anzugreifen. Auch ist ihm hinsichtlich der Händlerkennzeichen die von Frau Rausch benannte Möglichkeit bekannt und wird auch genutzt.

Herr Klucke gibt den Hinweis, dass es vielleicht möglich sein könnte, dass digital per Handy ein Abruf möglich ist, welche Nummer derzeit an der Reihe ist. Somit könnte man Zeitverluste vermeiden und die Wartezeit sinnvoll nutzen.

Herr Berger fragt an, wann mit der digitalen Zulassung von Fahrzeugen, die bereits einmal funktionierte, wieder zu rechnen sein wird. Auch hätte er gern die Gründe dafür erfahren.

Frau Wehlan sieht die Frage von Herrn Berger mehr als berechtigt an und geht detailliert auf die Gründe hierfür sowie die einzelnen Phasen bis zum Thema „i-Kfz“ ein.

Frau Rausch möchte sich in Bezug auf den Einwand von Herrn Klucke zunächst einmal den Worten von Herrn Trebschuh anschließen. Sie betont, dass die Mitarbeiter in beiden Zulassungsstellen hochqualifizierte Arbeit leisten und dort auch hohem Druck ausgesetzt sind und mitunter auch schwierigen Situationen begegnen. Zum besseren Verständnis erläutert

Frau Rausch den Arbeitsablauf in der Zulassungsstelle zur Antragsbearbeitung.

Herr Klucke ist der Ansicht, dass die Abmeldungen ein Faktor sind, der sich ganz schnell abstellen lässt, welches von ihm erläutert wird. Er fragt an, warum dieses im Landkreis Dahme-Spreewald, jedoch nicht im Landkreis Teltow-Fläming digital möglich ist.

Herr Trebschuh erklärt, dass diese Frage bereits von der Landrätin beantwortet wurde. Weiterhin legt er dar, dass die Lizenz für „i-Kfz“ vom Kraftfahrtbundesamt für unseren Landkreis gesperrt wurde, dieses jedoch kein Einzelfall ist.

Herr Klucke spricht sich dafür aus, dass der Landkreis auf seiner Internetseite einen Hinweis zur Sperrung geben sollte und eine Online-Abmeldung nicht möglich ist.

Herr Trebschuh entgegnet, dass dieser Hinweis im Internet bereits erfolgt ist, jedoch mit der Einschränkung „vorübergehend“. Hierzu verweist er auf die vorherigen Aussagen des Herrn Berger.

Frau Schulze fragt an, ob es vielleicht auch wieder möglich wäre, dass man online Termine buchen kann für die, die wirklich dazu einen Tag Urlaub nehmen müssen, so dass eventuell in Anbetracht eines längeren Fahrtweges die Absicherung eines Termins erfolgt.

Frau Wehlan entgegnet, dass aktuell kein Online-Termin-System existiert.

Für **Herrn Edler**, der sich zu diesem TOP als einfaches Mitglied und Vertreter des Antrages zu Wort meldet, sind die Diskussion und die vorgetragenen Argumente irritierend. Seiner Ansicht nach könnte genauso gut argumentiert werden, dass der Standort Zossen beibehalten bleibt. Nur aus dem Grund, dass vor vielen Jahren einmal ein Beschluss gefasst wurde, heißt für ihn nicht, dass dieser aktuell noch sinnvoll ist.

Herr Edler bezieht sich auf die Kosten, die bis April 2026 zu zahlen sind. Er sieht keinen Verlust darin, wenn die Zulassungsstelle in Zossen zumindest bis Mitte 2026 bleibt. Eventuell wird noch anderweitig eine geeignete Immobilie gefunden, die nicht unbedingt in Luckenwalde sein muss. Ihn haben die vorherigen Argumentationen nicht überzeugt.

Frau Wehlan widerlegt die Äußerungen des Herrn Edler, bezieht sich auf den benannten Beschluss und erklärt, dass Informationsvorlagen zu Arbeitsständen bekannt sind. Sie fragt Herrn Edler, woher das Geld weiter fließen soll, was ab März 2026 nicht mehr zur Verfügung steht. Dahingehend geht sie auf die Einspareffekte ein.

Als zweiten Punkt führt **Frau Wehlan** an, dass der Landkreis viel Geld investiert hat, um den Verfassungsgrundsatz zu erfüllen, dass für alle Bürgerinnen und Bürger aus allen Teilräumen des Landkreises die Teilhabe bzw. der Zugang zu den Dienstleistungsaufgaben gesichert werden kann.

Frau Wehlan geht davon aus, dass sie von Seiten der Verwaltung sagen kann, dass versucht wurde, alle eingegangenen Fragen zu beantworten und auch darzulegen, dass an dieser Maßnahme festgehalten werden möchte. Sie bezieht sich hier auf den folgenden Haushalts- und Finanzausschuss und den Kreistag am 16.12.2024, an welchem der Haushalt mit dem Haushaltssicherungskonzept eingebracht wird.

Frau Schulze hat eine Frage zur Schließung der Zulassungsstelle. Sie fragt an, ob diese im nächsten Jahr noch offen wäre oder dann frühzeitig der Vertrag gekündigt werden würde.

Frau Wehlan äußert sich dahingehend, dass die Möglichkeit nicht besteht. Sie erörtert, dass in dem vom Kreistag gefassten Beschluss auch dokumentiert ist, dass bis März 2026 die Mietoption noch besteht. Hierauf geht sie näher ein.

Frau Schulze stellt fest, dass der Landkreis 1 ½ Jahre Zeit hat für das Vorankommen mit der Digitalisierung.

Herr Ferencak fragt an, wie viele Stellen von Zossen nach Luckenwalde übernommen werden sollen, worauf **Frau Wehlan** bestätigt, dass alle Stellen übernommen werden. Sie geht weiter auf die großen Herausforderungen im öffentlichen Dienst ein, was Fachkräftemangel, aber auch die Digitalisierung betrifft.

Herr Prill geht davon aus, dass die Angestellten, die momentan in der Zulassungsstelle in Zossen arbeiten, auch aus dessen Umgebung sind. Mit der Zentralisierung würde sich auch das Arbeitsumfeld verändern, und sie müssten weiter fahren. Es stellt sich die Frage, ob nachher auch alle bleiben oder sich eine neue Arbeitsstelle suchen.

Frau Wehlan hebt hervor, dass man sich auch im öffentlichen Dienst im harten Konkurrenzkampf mit den Anliegerlandkreisen u. a. befindet, um als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen zu werden. Sie geht dabei auf die Möglichkeit von Homeoffice näher ein und verweist auf die zukünftigen Austritte auf Grund des Rentenalters.

Herr Manthey geht auf die Aussage näher ein, dass der Standort in Luckenwalde ebenfalls angemietet ist. Er fragt an, wenn aber in 2024 am Anfang des Jahres ein Haushalt beschlossen wurde, wo auf der Seite 171 3,9 Mio. € für die Zentralisierung des Straßenverkehrsamtes stehen, um welches Objekt es sich dabei handelt, welches sich dort im Hochbausegment für Investitionen befindet.

Frau Wehlan informiert darüber, dass dieses natürlich den Standort betrifft, an dem die Zentralisierung abgebildet werden soll, nämlich Luckenwalde.

Frau Schulze geht davon aus, dass der Tagesordnungspunkt ausführlich diskutiert wurde. Sie stellt den Antrag Nr. 7-5414/24-KT zur Abstimmung, der mit **3 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt wird.**

Frau Schulze gibt das Wort zurück an den Vorsitzenden.

Herr Edler bedankt sich bei seiner Stellvertreterin für deren zwischenzeitliche Übernahme der Sitzung, bei den Ausschussmitgliedern für die Mitarbeit und wünscht allen einen guten Heimweg.

Luckenwalde, den 15.04.2025

Edler

Mehlis

Vorsitzender

Schriftführerin